

NAHOST

Wahlen im Zeichen Arafats

Der palästinensische Präsidentschaftswahlkampf nährt in Israel Skepsis, ob von einer palästinensischen Führung nach Arafat wirkliche Änderungen zu erwarten sind. Mit Missfallen verfolgt die Regierung in Jerusalem, wie allgegenwärtig der kürzlich verstorbene PLO-Chef in den Wahlkampagnen noch immer ist. So zeigt sich der klare Favorit, der Fatah-Führer Mahmud Abbas, 69, mit Vorliebe neben riesigen Arafat-Plakaten. In seinen Reden verspricht er, in dessen „Fußstapfen zu treten“. Und getreu der Haltung seines von Israel verfeimten Vorgängers beharrt Abbas auf dem Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge, den Grenzen von 1967 als Grundlage für eine Friedenslösung so-

wie auf Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines Palästinenserstaats. „Das sind schlechte Zeichen“, kritisiert Außenminister Silwan Schalom. Zwar wendet sich Abbas klar gegen die gewaltsame Intifada. Doch er lehnt es ab, mit Hilfe der Polizei gegen Terrorgruppen der Hamas oder seiner eigenen Fatah vorzugehen.

Der aussichtsreichste Alternativkandidat dieser Wahl, der Reformler und Bürgerrechtsaktivist Mustafa Barghuti, 50, will vor allem mit dem Missmanagement und der Vetternwirtschaft in der Autonomiebehörde aufräumen. Arafat lastet er an, keine Grundlagen für einen demokratischen palästinensischen Staat geschaffen zu haben. „Er hat viele Chancen für das palästinensische Volk verpasst“, klagt Barghuti. Trotz solcher Kritik eröffnete auch er seinen Wahlkampf mit einem Besuch am Grab Arafats. Bei seinen Auftritten in den palästinensischen Städten und Dörfern spürt der Mitbegründer der neuen Partei „Nationale Initiative“, angeblich eine „Aufbruchstimmung“ unter der Bevölkerung: „Die Palästinenser sind bereit zu Wechsel und Neuanfang.“ Doch Umfragen zufolge hat der Arzt, ein entfernter Verwandter des inhaftierten Fatah-Anführers Marwan Barghuti, bei der Wahl am 9. Januar kaum eine Chance gegen den PLO-Mann Abbas.



Barghuti

YURI CORTEZ / AFP



Abbas

LOAY ABU HAYEL / REUTERS

AUSTRALIEN

Ausweitung der Kontrollzone

Um Anschlägen auf australische Frachter, Häfen sowie Ölbohrinseln vorzubeugen, will die Regierung in Canberra von März an die Hoheitsgewässer rund um den fünften Kontinent de facto erheblich ausweiten. Alle Kapitäne, die sich innerhalb einer 1000-Seemeilen-Zone (1852 Kilometer) befinden, sollen zu Auskünften über ihre Fracht und ihre Reisepläne verpflichtet werden. Zweifelhaft Angaben soll die Marine an Bord überprüfen dürfen. Innerhalb der bisher gültigen 200-Meilen-Zone verlangen die Behörden zusätzlich detailliertere Informationen: Die genaue Position sowie Geschwindigkeit,

exakter Kurs und die zuvor angelaufenen Auslandshäfen müssen gemeldet werden. Bei der Ankunft in Australien soll die Fracht routinemäßig geröntgt werden.

Premier John Howard, der die Pläne vorstellte, beruft sich auf Geheimdienst-

dossiers, die maritime Ziele des Landes als besonders anfällig für Qaida-Angriffe einstufen. Er will „doppelt sichergehen, dass wir wissen, wer unser Land anläuft und mit welchen Interessen“. Mit der Ausweitung der Hoheitsgewässer würde Australien die Aufsicht über

einige der am meisten befahrenen Meerespassagen erhalten und ein weltweit führender Container-Kontrollleur. Fachleute bezweifeln allerdings die Legitimität der Maßnahme. Don Rothwell, Professor für Internationales Recht an der Universität Sydney: „Kein Staat hat eine Grundlage, Schiffe auf hoher See einfach zu stoppen, es sei denn Piratenboote oder andere Schiffe ohne Flagge.“



Öltanker vor Sydney

WILLIAM WEST / AFP